



Protokoll der 32. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Januar 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Spinnler Daniel

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

Das Postulat Nr. 2015/223 „Abfallbeseitigung und -vermeidung“ wird von den Postulanten zurückgezogen und das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt. 2015/223

1. Protokoll der Sitzung vom 09. Dezember 2015 -
://: *Das Protokoll der letzten Ratssitzung wird einstimmig genehmigt.*
2. Messschacht Liestal - Lausen: Investitionskredit von CHF 380'000 (Spezialfinanzierung Wasser); Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) 2015/220
2015/220a
://: *Gemäss Antrag der BPK wird einstimmig der Bruttokredit von CHF 375'000.-- für den Ausbau des Messschachtes genehmigt.*
3. Quartierplanung Rebgarten: Mutation und Kredit für Kostenbeteiligung an öffentliche Parkplätze; Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) 2015/222
2015/222a
Bezüglich dem Quartierplan Rebgarten werden folgende Entscheide gefällt (1. Lesung und 2. Lesung):
 - *Dem Änderungsantrag des Stadtrates/der Mittefraktion wird einstimmig zugestimmt und Ziff. 8 Abs. 5 des 1. BPK-Antrages wie folgt neu formuliert: „Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden“. Der zweite Satz wird gestrichen. Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag der BPK geändert werden.*
 - *Einstimmig beschliesst der Rat im Übrigen die seitens des Stadtrates vorgeschlagene Mutation der Quartierplanung Rebgarten, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 18. November 2015 sowie Plan Nr. 1 betreffend Bebauung, Erschliessung und Freiräume vom 18. November 2015.*
 - *Dem vierten BPK-Antrag, dass der stadträtliche Antrag betreffend der Bewilligung eines Kredites für eine Kostenbeteiligung der Stadt Liestal an 60 öffentliche Parkplätze in der Höhe von CHF 1.275 Mio. und einem Mitspracherecht der Stadt bei der Preisgestaltung der Parkplatzgebühren an den Stadtrat zurückgewiesen wird, stimmt der Rat einstimmig zu.*

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 4. | Strategiepapier Integration der Liestal Liestal
<i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2015/226 |
| 5. | Streusalz - Postulat „Reduktion Streusalz“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit grossem Mehr an den Stadtrat überwiesen und nach der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat mit 25 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2015/214 |
| 6. | Jugendzentrum - Interpellation zum Jugendzentrum „Joy“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/215 |
| 7. | Werkhof - Postulat „Werkhof“ - Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde?“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/216 |
| 8. | Sozialhilfekosten - Interpellation zu den Sozialhilfekosten von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/217 |
| 9. | Ferienbetreuung - Interpellation zur Ferienbetreuung von Walter Leimgruber und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2015/218 |
| 10. | Integrationsförderung - Bericht Stadtrat zum Postulat betreffend Integrationsförderung von Anna Ott und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/159
2014/159a |
| 11. | Schliessung A22 - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Definitive Schliessung der A22 im Bereich Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2015/224
2015/224a |
| 12. | Zentrum Nord - Postulat von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Anbindung „Liestal Zentrum Nord“ ans Stedtli
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2015/225 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im Jahr 2016.

In einer Gedenkminute wird der am 14. Dezember 2015 verstorbenen Regina Vogt-Huber sel. gedacht. Die Verstorbene war für die FDP vom 01. Juli 2004 bis 30. Juni 2009 im Einwohnerrat Liestal. Namens des Einwohnerrates wird der Trauerfamilie das Beileid ausgesprochen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass sie über keine nennenswerten Punkte aus der letzten Bürositzung berichten kann.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlage Nr. 2015/224a (Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation)
- Neue Vorstösse Nr. 2016/227 - Nr. 2016/229

Neue persönliche Vorstösse

- Wahlbüroöffnungszeiten - Postulat „Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2016/227)
- Umfahrungsstrasse A22 - Interpellation von Anna Ott namens der Grünen Fraktion zur Umfahrungsstrasse A22 betreffend Prüfung und Planung von alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführungen (Nr. 2016/228)
- Streetworkoutanlage - Postulat „Streetworkout-Anlage auch in Liestal?“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2016/229)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Karin Jeitziner (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass von den Postulanten Roman Schmied (GL) und Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) das Postulat Nr. 2015/215 „Abfallbeseitigung und -vermeidung“ zurückgezogen und als Interpellation neu eingereicht wird. Der Stadtrat wird darin um die schriftliche Beantwortung des neuen Vorstosses gebeten. Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Nach dem Rückzug des Postulates Nr. 2015/215 „Abfallbeseitigung und -vermeidung“ und Streichung des Traktandums Nr. 11 wird die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 13. Januar 2016 beschlossen.

335 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Sitzung vom 09. Dezember 2015

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem letzten Sitzungsprotokoll eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass betreffend den Protokollen der letzten beiden Sitzungen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Protokoll der Ratssitzung vom 09. Dezember 2015 genehmigt.

336 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Messschacht Liestal - Lausen: Investitionskredit von CHF 380'000 (Spezialfinanzierung Wasser); Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2015/220)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2015/220a vor: Mit dem Projekt hatte sich der Einwohnerrat schon früher inhaltlich befasst und nun geht es noch um den nötigen Bruttokredit. Die Gemeinde Lausen hat ihren Beitrag bereits geleistet bzw. einen Kredit von CHF 375'000.-- bewilligt. Die Betragshöhe hatte in der BPK schon auch erstaunt, doch konnte aufgezeigt werden, dass der grösste Posten im Zusammenhang mit der Kantonsstrasse anfällt. Dennoch blieb immer noch ein etwas ungutes Gefühl hängen und die BPK geht davon aus, dass noch Einsparungen möglich sein werden und zumindest der Betrag für Unvorhergesehenes von CHF 60'000.-- nicht ganz beansprucht wird. Die hälftige Kostenbeteiligung von Liestal geht in Ordnung und die BPK beantragt dem Rat mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, dass der Bruttokredit auf CHF 375'000.-- reduziert wird, da sich in der stadträtlichen Vorlage mit einem Betrag von CHF 380'000.-- ein Rechnungsfehler eingeschlichen hatte.

Stadträtin Regula Nebiker stellt fest, dass sie nach den Voten der Fraktions- und Einzelsprecher noch zu Fragen Stellung nehmen kann. Sie dankt der BPK für die gute Aufnahme des Geschäfts und kann versichern, dass die beteiligten Gemeinden bei der Planungs- und Bauphase auch den Kosten und möglichen Einsparungen die gebührende Beachtung schenken werden, da diese tatsächlich hoch sind. Für das Versehen bzw. den Rechnungsfehler in der stadträtlichen Vorlage möchte sie sich entschuldigen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion begrüsse unter anderem auch die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Lausen bei diesem Projekt. Obwohl die hohen Gesamtkosten begründet wurden, hofft man doch, dass der Bruttokredit schlussendlich deutlich unterschritten werden kann. Ihre Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) meint, auch seine Fraktion finde, dass es sich hier grundsätzlich um ein gutes Projekt handelt. Liestal dürfte vor allem das Problem gelöst haben, sollte das Pumpwerk Gitterli doch einmal abgestellt werden müssen. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass die Kostenschätzung noch viel Luft drin hat und doch macht eine Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat keinen Sinn, da Lausen den Kredit und hälftigen Anteil an den Kosten bereits bewilligt hat und die Konzession für das Pumpwerk Gitterli noch im 2016 abläuft. Die FIKO wird zur gegebenen Zeit sicher die Bauabrechnung genau anschauen. Seine Fraktion wird dem BPK-Antrag einstimmig zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) informiert, die SP-Fraktion finde das Projekt und Bauvorhaben ebenfalls unterstützenswert und wird dem BPK-Antrag zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) findet es gut, dass das Wasserkonzept in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden umgesetzt wird. Auch die Grüne Fraktion wird dem Antrag der BPK zustimmen.

Markus Rudin (SVP) äussert, auch die SVP-Fraktion haben die hohen Kosten erstaunt. Man hoffe ebenfalls, dass die Kosten noch gesenkt werden können und wird dem Antrag der BPK zustimmen.

Stadtrat Regula Nebiker dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts im Rat. Sie kann die Meinung der BPK betreffend den Kosten teilen und versichern, dass beide Gemeinden an möglichen Kostensenkungen interessiert sind. Deshalb wird man diesbezügliche kritische Fragen auch noch zusammen mit dem Kanton thematisieren. Offiziell möchte sie noch bestätigen und festhalten, dass der Stadtrat den BPK-Antrag mit einem Kreditbetrag von CHF 375'000.-- unterstützt und seinen eigenen Antrag mit einem Kreditbegehren von CHF 380'000.-- zurückzieht, da dieser ja auf einem Rechnungsfehler beruhte.

Ratspräsidentin Meret Frenke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nach der stadträtlichen Zusage über den BPK-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2015/220a bzw. einen Bruttokredit von CHF 375'000.-- abstimmen lässt.

://: Einstimmig genehmigt der Rat den Bruttokredit von CHF 375'000.-- inkl. MWST für den Ausbau des Messeschachtes Liestal - Lausen zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Investitionskonto Nr. 7101.5030.0098.

337 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplanung Rebgarten: Mutation und Kredit für Kostenbeteiligung an öffentliche Parkplätze; Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. / 2. Lesung (Nr. 2015/222)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert basierend auf einer projizierten Folie darüber, mit welchem Ablauf das Geschäft beraten und beschlossen werden soll:

1. Eintreten

2. BPK-Bericht (Nr. 2015/222a)

Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Ergänzungen Stadtrat

4. Fraktionssprecher/ Einzelsprecher: Detailberatung

(keine Stellungnahmen zu Anträgen)

5. Anträge

5.1 *Antragsteller: Begründung von Einzel-Anträgen*

5.2 *Stellungnahme Stadtrat zu Einzelanträgen und BPK-Anträgen*

5.3 *Stellungnahme BPK zu Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2015/222a*

5.4 *Fraktionssprecher*

5.5 *Einzelsprecher*

6. Abstimmungen

6.1 BPK-Antrag 1 betr. QP Rebgarten, Mutation – Quartierplanreglement mit Änderungen

gegen

Antrag Grüne Fraktion betr. öffentlichen Parkplätzen: „Die Stadt Liestal hat ein Mitspracherecht bei der Preisgestaltung der Parkplatzgebühren“

6.2 BPK-Antrag 1, mit oder ohne Änderung aus der Grünen Fraktion

gemäss Abstimmung 6.1

gegen

Stadtratsantrag 1

6.3 BPK-Antrag 2: Zustimmung zu den übrigen Mutationen des QP Rebgarten

gemäss Antrag des Stadtrates.

6.4 BPK-Antrag 4: Rückweisung Antrag 2 des Stadtrates betr. Kredit für eine Kostenbeteiligung an öffentlichen Parkplätzen zur nochmaligen Prüfung.

gegen

Stadtrat-Antrag 2: Kreditgenehmigung für 60 öffentliche Parkplätze in der Höhe von 1.275 Mio.

6.5 BPK-Antrag 3: Die Mutation der Quartierplanung Rebgarten wird an der Sitzung vom 27. Januar 2016 verabschiedet (2. Lesung nach der Pause)

1. **Eintreten**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass das Büro an der Sitzung vom 21.01.2016 entschieden hatte, dass der Rat ausnahmsweise bereits bei der 1. Lesung über die Anträge abstimmen wird. Basierend auf diesen Entscheiden und dieser Standortbestimmung dürfte dann der Entscheid betreffend dem dritten BPK-Antrag für 2 Lesungen an der heutigen Sitzung auch einfacher gefällt werden können.

In der 2. Lesung an der heutigen Sitzung oder an der nächsten Sitzung vom 16. März 2016 würde dann nur noch über die 3 ersten Anträge gemäss 6.1 - 6.3 abgestimmt werden. Bereits an dieser Stelle möchte sie festhalten, dass das Büro den BPK-Antrag betreffend den beantragten 2 Lesungen der Vorlage an der heutigen Sitzung nicht unterstützen kann. Gemäss § 78 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes sollen Quartierpläne zweimal an 2 verschiedenen Sitzungstagen beraten und beschlossen werden.

Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zur Eintretensfrage vom Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. **BPK-Bericht (Nr. 2015/222a)**

Diego Stoll (SP) informiert über die wichtigsten Punkte des BPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2015/222a: Das komplexe Geschäft ist von der BPK an 3 Sitzungen behandelt worden. Der erste stadträtliche Antrag betreffend der Quartierplanung Rebgarten fand einstimmige Zustimmung. Einiges mehr diskutiert wurde hingegen der zweite Antrag betreffend der Kostenbeteiligung an die Parkplätze. Die Projekthistorie ist auf Seite 3 des Berichtes aufgeführt, damit das vorgeschlagene Vorgehen der BPK besser verstanden werden kann. Relevant ist wohl, dass der Rat im Jahre 2008 die Quartierplanvorschriften und im Jahre 2010 mit einer separaten Vorlage die finanziellen Mittel von 1,275 Mio. Franken für die Parkplätze bewilligt hatte. Auch im Zusammenhang mit der neuen Vorlage wird von der BPK anerkannt, dass der Bedarf an öffentlichen Parkplätzen nach wie vor vorhanden ist. Wunschgemäss haben die Investoren schriftlich mit einer Absichtserklärung bestätigt, dass von den 122 Einstellhallenplätzen der Öffentlichkeit bis zu 102 Parkplätze zur Verfügung gestellt werden können, was 42 Parkplätze mehr sind, als ursprünglich vorgesehen wurde. Deshalb werden von der BPK auch die Änderungen des QP-Reglementes beantragt. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Höhe der Parkplatzkosten und -beiträge. Mehrheitlich war die BPK dann aber der Meinung, dass man nicht die Betragshöhe thematisiert, sondern das Schwergewicht eher darauf legt, was damit verbunden und mit Mitspracherecht verknüpft werden kann. Liestal kann sich nicht einfach mit der Schaffung unterirdischer Parkplätze begnügen, sondern es müssen auch Anstrengungen unternommen werden, dass die erstellten Parkplätze schlussendlich dann auch genutzt werden, indem man beispielsweise ein Parkleitsystem einrichtet und auch möglichst einheitliche Tarife anstrebt. Aus diesem Grund wurde auch der Antrag betreffend der QP-Reglementsänderung hinsichtlich dem Mitbestimmungsrecht bei der Preisgestaltung der Gebühren formuliert. Über die neuesten Erkenntnisse nach getroffenen Rechtsabklärungen wird dann der Stadtrat informiert, wozu er dann als Einzelsprecher nochmals Stellung nehmen wird. Für den Kostenbeitrag der Stadt an die Parkplätze fehlt eine vertragliche Grundlage und mit dem im QP-Reglement definierten Mitbestimmungsrecht wird man in einem späteren Zeitpunkt auch erfahren, was mit dem Kostenbeitrag und Geld der Stadt passieren wird. Bis zum Vorliegen dieses Vertragswerkes soll deshalb der stadträtliche zweite Antrag betreffend dem Kostenbeitrag von 1,275 Mio. Franken an den Stadtrat zurückgewiesen werden.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Franz Kaufmann bedankt sich vorab für den Bericht und die geleistete Arbeit der BPK im Zusammenhang mit der Vorberatung der nicht so einfachen Vorlage. Im Zusammenhang mit der Projekthistorie möchte er noch beifügen und erwähnen, dass sich der Einwohnerrat und der Stadtrat einmal darauf geeinigt hatten, dass Liestal keine eigenen Parkhäuser bauen wird. Der Parkplatzbedarf wurde nachgewiesen und auch das Manko an öffentlichen Parkplätzen beim Rebgarten-Quartier ist bekannt. Dieses Problem wird sich in naher Zukunft noch verschärfen, da die budgetierten und beschlossenen Parkplätze des Ziegelhofareals nicht so schnell kommen, wie man dies erwartet hatte. Für die beim Bahnhof wegfallenden Parkplätze kann nun doch Parkraum bei der Rebgarten-Überbauung gesichert werden. Vertiefere Abklärungen des Stadtrates betreffend dem BPK-Änderungsantrag von Ziff. 8 Abs. 5 haben ergeben, dass die Aussage bzw. der 2. Satz „Die Stadt Liestal hat ein Mitbestimmungsrecht bei der Preisgestaltung der Parkgebühren.“ rechtlich falsch ist, da damit in die Eigentumsfreiheit eingegriffen wird. Auch ist der Stadtrat der Meinung, dass ein allfälliges Mitbestimmungsrecht in den Quartierplan-Vertrag und nicht in das Quartierplan-Reglement gehört, wie dies von der BPK vorgeschlagen und beantragt wird. Der Stadtrat plädiert für eine konsequente Trennung der raumplanerischen Grundlagen und den Parkierungsfragen. Der Stadtrat kann sich dem Antrag Nr. 4 der BPK betreffend der Rückweisung des stadträtlichen Antrags für einen Kostenbeitrag von CHF 1,275 Mio. anschliessen. Für die weiteren Verhandlungen soll nun aber auch der 2. Satz von Ziff. 8 Abs. 5 betreffend dem Mitbestimmungsrecht entgegen dem BPK-Antrag gestrichen werden. Der Rat soll doch bitte heute die Quartierplanung Rebgarten und erst an einer nächsten Sitzung die Parkplatz-Mitfinanzierung beschliessen.

4. Fraktionssprecher/ Einzelsprecher: Detailberatung

Diego Stoll (SP) hält als Einzelsprecher fest, dass die BPK mit der Formulierung von Ziff. 8 Abs. 5 den Rückweisungsantrag betreffend dem Kostenbeitrag mehr gewichten wollte. Er selbst kann der Aussage zustimmen, dass in ein QP-Reglement grundsätzlich keine Vertragspflichten gehören, wie dies von der BPK verlangt wurde. Es ist richtig, dass der 2. Satz bei Abs. 5 von Ziff. 8 gestrichen wird, was gemäss seinen vorgängigen Abklärungen von den meisten BPK-Mitgliedern auch unterstützt wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass vom Stadtrat bei der Behandlung der Anträge noch der Antrag zu formulieren und zu stellen ist, dass der 2. Satz von Ziff. 8 Abs. 5 zu streichen ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, dass die Parkplätze ein Dauerthema in Liestal und im Einwohnerrat sind. Die Mittefraktion dankt der BPK für den ausführlichen und guten Bericht. Mit Ausnahme des BPK-Mitgliedes seiner Fraktion kann die Mittefraktion den BPK-Antrag betreffend dem Mitbestimmungsrecht nicht unterstützen. Mit der Zerteilung des Geschäfts könnte es wie beim letzten Entscheid vor fünf Jahren passieren, dass das Projekt schlussendlich nicht wie vom Rat beschlossen umgesetzt wird. Zwischen den QP-Bestimmungen und der Parkplatzfinanzierung bestehen Abhängigkeiten und so soll dieses Geschäft gesamthaft an einer Sitzung beschlossen werden. Die Gretchenfrage ist wohl, ob man überhaupt zusätzliche Parkplätze braucht oder nicht? Das Büro Wüst & Partner empfiehlt gemäss kürzlich veröffentlichter Studie, dass nicht mehr Parkplätze gebaut werden sollen, sondern dass das Parkleitsystem verbessert werden soll. Im Parkplatzfonds sind noch 90'000 Franken und so sollen privaten Bauherrschaften mit einem Beitrag von rund 1 Mio. an Steuergeldern die Parkplätze mitfinanziert werden. Und auch das von der BPK vorgeschlagene und beantragte Mitspracherecht der Stadt betreffend der Mittelverwendung und Parkgebühren-Festlegung wird schlussendlich auch zu Problemen führen. Aus den erwähnten Gründen stellt die Mittefraktion folgende zwei Anträge:

1. *Das QP-Reglement wird in Kap. 8 Abs. 5 wie folgt formuliert: „Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden.“ Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag Stadtrat geändert werden.*
2. *Für die Erstellung von Parkplätzen sei kein Geld zu sprechen.*

Zudem werden von der Mittefraktion folgende Ordnungsanträge gestellt:

1. *Es sollen zwei Lesungen an unterschiedlichen Sitzungen durchgeführt werden.*
2. *An der 1. Lesung haben keine Abstimmungen zu erfolgen. Konsultativabstimmungen bleiben möglich.*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) unterbricht den Redner und hält fest, dass der Entscheid betreffend ein oder zwei Lesungen im Ablauf vorgesehen ist und am Schluss gefällt werden soll.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass über Ordnungsanträge gemäss § 75 des Geschäftsreglementes zuerst abzustimmen ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass somit über den 1. Ordnungsantrag betreffend 2 Lesungen diskutiert und beschlossen wird.

Diego Stoll (SP) meint, man kann sich durchaus darüber streiten, ob das Geschäft in ein oder zwei Lesungen behandelt wird. Hingegen ist der jetzige Zeitpunkt falsch, dass man diesbezüglich schon entscheidet. Er macht beliebt, dass sich der Rat an den vom Büro eingangs erwähnten Ablauf hält.

Pascal Porchet (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners, denn es ist wichtig, dass man noch Basisinformationen zur Meinungsbildung bekommt, bevor man über 1 oder 2 Lesungen entscheidet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der 1. Ordnungsantrag der Mittefraktion, dass 2 Lesungen durchgeführt werden sollen, wird vom Rat grossmehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) erklärt, dass nun der 2. Ordnungsantrag der Mittefraktion betreffend der Nicht-Durchführung von Abstimmungen behandelt wird.

Pascal Porchet (FDP) sieht den Sinn und Zweck dieses Antrages nicht ein und empfiehlt diesen zur Ablehnung.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der 2. Ordnungsantrag der Mittefraktion, dass bei der heutigen Sitzung und 1. Lesung keine Abstimmungen durchgeführt werden sollen, wird vom Rat grossmehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Pascal Porchet (FDP) hofft, dass der QP Rebgarten nicht juristisch abgehandelt wird, denn die Dimension sei eine ganz andere. Die Überarbeitung dieser Quartierplanung bringt deutliche städtebauliche Verbesserungen mit sich. Ein weiterer Gewinn ist die Renaturierung des Orisbach, die Schaffung von Alterswohnungen usw. Es werden immer wieder die Kosten der öffentlichen Parkplätze verglichen und diesbezüglich möchte er festhalten, dass mit den städtischen Kostenbeiträgen die Erstellungskosten eines unterirdischen Einstellhallen-Parkplatzes bei weitem nicht gedeckt werden können und diese zudem schlecht oder gar nicht miteinander verglichen werden können. Ein wesentlicher Punkt ist natürlich auch die Bewirtschaftung der Parkplätze bzw. das Mitbestimmungsrecht der Stadt bei den Parkplätzen, mit welchem die Stadt die Lenkungsmaßnahmen doch besser wahrnehmen kann. Wie bereits im Bericht von Wüst & Partner erwähnt, wäre hierfür natürlich ein Parkleitsystem optimal. Mit den rund 20 Quartierplanungen und der Schaffung von rund 1'400 neuen Wohnungseinheiten sollte doch auch die Perspektive Liestals etwas grosszügiger sein. Günstiger als mit Kostenbeteiligungen an unterirdischen Parkplätzen wie im vorliegenden Fall wird die Stadt wohl kaum zusätzliche Parkplätze schaffen können, welche in Anbetracht des Wachstums von Liestal in den nächsten Jahren auch dringend nötig sein werden. Der politische Prozess und die Frage, ob der QP Rebgarten nun an einer oder zwei Sitzungen beraten werden soll, ist durchaus legitim. Zu Gunsten der Investoren, die das Projekt realisieren bzw. keine unnötige Zeit verlieren möchten, hatte auch er den BPK-Antrag für 2 Lesungen an der heutigen Sitzung ausnahmsweise unterstützt, da ja die nächste Ratssitzung erst auf 16. März 2016 einberufen wird. Für ihn ist es aber auch nachvollziehbar, dass das Büro für 2 Lesungen plädiert. Auch kann er dem Änderungsantrag des Stadtrates folgen. Wichtig ist ihm aber doch, dass die Investoren bereits nach der heutigen Sitzung das Signal bekommen, dass der QP Rebgarten vom Rat unterstützt wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, dass es bei der stadträtlichen Doppelvorlage um eine Mutation einer bereits beschlossenen Quartierplanung und die Realisierung von wichtigen Parkplätzen im Zentrum gehe. Vom Investor wird das Bedürfnis an Alterswohnungen mitten im Zentrum abgedeckt. Die Mutation bringt einige städtebauliche Vorteile mit sich, wie sie bereits im BPK-Bericht aufgeführt werden. Seine Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass die beiden Geschäfte betreffend der QP-Mutation und dem Kostenbeitrag an die Parkplätze getrennt behandelt werden sollen. Im jetzigen Zeitpunkt ist nicht klar, was die Stadt für den Kostenbeitrag von CHF 1,275 Mio. schlussendlich bekommt. Die Stadt und das Gewerbe können von diesem hohen Strukturbeitrag nur profitieren, wenn die damit mitfinanzierten Parkplätze schlussendlich auch genutzt werden. Die Investoren tendieren logischerweise dazu, die Parkplatzgebühren so anzusetzen, dass die Parkplätze die beste Rendite bringen und das heisst auch nicht automatisch, dass möglichst viele Parkplätze genutzt werden sollen. Die Stadt hat aber das grösste Interesse daran, dass möglichst viele Parkplätze besetzt werden und darum dürfen die Gebühren in Parkhäusern nicht wesentlich höher sein als die Gebühren bei den oberirdischen Parkplätzen. Das von der BPK gewünschte Mitbestimmungsrecht im QP-Reglement ist deshalb als Richtschnur zu verstehen. Im Zusammenhang mit dem QP-Vertrag soll dann der Stadtrat seinen Verhandlungsspielraum bestmöglichst nutzen und regeln, damit die Interessen der Investoren und auch der Stadt abgedeckt werden können. Und diese Regelungen sollen auch bei den weiteren Quartierplanungen bzw. Parkhäusern Anwendung finden. Dass der QP an 2 Lesungen an der heutigen Sitzung verabschiedet werden soll, spreche dafür, dass es sich nur um eine QP-Mutation handelt, der Kostenbeitrag an die Parkplätze separat behandelt werden soll, da die Februar-Sitzung wegen den Schulferien ausfällt.

Fabian Eisenring (SP) dankt Ratskollege Pascal Porchet für sein Votum sowie seine Ausführungen zu diesem komplexen Geschäft. Die SP-Fraktion wird mehrheitlich den Anträgen der BPK folgen.

Markus Rudin (SVP) meint, dass von den Vorrednern das Wichtigste bereits gesagt wurde. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) interessiert es schon noch, was denn passieren würde, wenn man das Geschäft nun zerteilen würde.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass den Investoren der BPK-Bericht natürlich ebenfalls bekannt ist und sich diese der Problematik und möglichen Verzögerungen durchaus bewusst sind. Bei einer Aufspaltung des Geschäfts können die planerischen Belange dennoch vorangetrieben werden, obwohl die Kostenbeiträge der Stadt an die Parkplätze erst an einer nächsten Ratssitzung beschlossen würden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und nun die einzelnen Anträge behandelt werden können.

5. Anträge

5.1 Antragsteller: Begründung von Einzel-Anträgen

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) verliest den Stadtratsantrag, wie er von Stadtrat Franz Kaufmann vorgängig bereits erwähnt wurde: Der Antrag der BPK betreffend Ziff. 8 Abs. 5 ist dahingehend zu ändern, dass der zweite Satz „*Die Stadt Liestal hat ein Mitbestimmungsrecht bei der Preisgestaltung der Parkgebühren.*“ gestrichen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass er diesen Antrag bereits eingangs vorgängig begründet hatte. Der im QP-Reglement zu streichende Satz soll neu im QP-Vertrag integriert werden.

Diego Stoll (SP) meint, er könne als Einzelsprecher den stadträtlichen Antrag unterstützen. Das Mitbestimmungsrecht bei der Gebühren-Preisgestaltung wird im Rat spätestens an einer nächsten Sitzung im Zusammenhang mit den Kostenbeiträgen der Stadt an die Parkplätze wieder thematisiert.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob denn nicht gleich der ganze 5. Absatz gestrichen werden sollte?

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass man das Geschäft selbstverständlich aufteilen kann. Was würde aber denn passieren, wenn der Rat an einer nächsten Sitzung die finanziellen Mittel an die Parkplätze nicht bewilligen würde? Es kann ja nicht angenommen werden, dass in einem solchen Fall der Investor die 60 öffentlichen Parkplätze dennoch realisieren würde. Dies würde ja dann eine weitere QP-Mutation zur Folge haben. Festhalten möchte er ferner, dass die Mittefraktion ebenfalls die Realisierung eines Parkhauses bei der Rebgarten-Überbauung begrüsst und unterstützt. Hingegen stellt sich in seiner Fraktion aber schon die Frage, ob die öffentliche Hand wirklich mit Steuergeldern von über 1 Mio. Franken noch finanzielle Beiträge dafür leisten muss, damit öffentliche Parkplätze erstellt werden können. Rund um den Bahnhof sind einige QP's mit Parkhäusern erstellt worden, welche nicht auf finanzielle Beiträge der Stadt an die realisierten Parkplätze zählen durften. Hier im Saal ist schon ein paar Mal moniert worden, dass die finanziellen Beiträge der Stadt an das Manor-Parkhaus eine Fehlinvestition war und nun will der Rat den gleichen Fehler nochmals machen?

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) fordert den Fraktionssprecher der Mittefraktion auf, an dieser Stelle nur den Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion zu begründen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) begründet den Antrag damit, dass mit Steuergeldern keine öffentlichen Parkplätze finanziert werden sollen, da dafür schlichtweg das Geld fehlt. Ein solches Parking ist problemlos auch für Private rentabel.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) verliert nochmals die beiden Anträge der Mittefraktion:

1. *Das QP-Reglement wird in Kap. 8 Abs. 5 wie folgt formuliert: „Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden.“ Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag Stadtrat geändert werden.*
2. *Für die Erstellung von Parkplätzen sei kein Geld zu sprechen.*

Ist es richtig, dass die Mittefraktion eigentlich dem Stadtratsantrag zustimmen würde, der betreffende Absatz aber umformuliert werden soll und demnach der BPK-Antrag abgelehnt wird?

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt, dass er die Verständnisfrage der Ratspräsidentin bejahen kann.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass Stadtrat Franz Kaufmann beim Verlesen des Antrages der Mittefraktion zustimmend genickt hatte. Ist der Stadtrat deshalb auch der Meinung, dass ebenfalls die Verpflichtung der Investoren für das Erstellen von mindestens 60 Parkplätzen gestrichen wird?

5.2 *Stellungnahme Stadtrat zu Einzelanträgen und BPK-Anträgen*

Stadtrat Franz Kaufmann legt dar, dass er sich mit der Formulierung des CVP/EVP/GLP-Antrages einverstanden erklären kann. Betonen möchte er aber, dass keine Vermischung stattfinden sollte, denn der stadträtliche Antrag betreffend einem Kostenbeitrag an die öffentlichen Parkplätze wird ja an den Stadtrat zurückgewiesen und an einer nächsten Sitzung nochmals thematisiert. Ferner möchte er darauf hinweisen, dass in den letzten Entwicklungs- und Finanzplänen das Kreditbegehren von 1,275 Mio. Franken als Eventualverpflichtung immer aufgeführt war, bis anhin aber nie thematisiert oder in Frage gestellt wurde. An der heutigen Sitzung sollte sich der Rat deshalb auf die zonenrechtlichen Bestimmungen bzw. den ersten Antrag des Stadtrates betreffend der Quartierplan-Mutation Rebgarten fokussieren.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert, dass sie die Sitzung nun kurz unterbrechen wird, damit in dieser kleinen Pause gegebenenfalls ein Kompromiss betreffend den verschiedenen Anträgen gefunden werden kann.

[Unterbruch der Sitzung für die Dauer von 7 Minuten]

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach dem kurzen Sitzungsunterbruch darüber informieren, dass man sich in einem Konsens auf folgenden neuformulierten Antrag der Mittefraktion bzw. Kompromissantrag einigen konnte:

Das QP-Reglement wird in Kap. 8 Abs. 5 wie folgt formuliert:

„Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden.“

Der zweite Satz wird gestrichen.

Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag der BPK geändert werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass der Kompromissvorschlag und geänderte Antrag zur Folge hat, dass vom Rat keine weiteren Quartierplanvorschriften mutiert werden müssen, unabhängig davon, was der Rat an einer nächsten Sitzung betreffend Kostenbeiträgen der Stadt an die Parkplätze noch beschliessen wird.

6. Abstimmungen

Ratspräsident Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die formulierten Anträge abstimmen lässt. Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder mit dem Abstimmungsprozedere und dem weiteren Vorgehen einverstanden erklären können: Über die Anträge 6.1 - 6.3 wird in einer 2. Lesung abgestimmt. Bei der ersten Abstimmungsrunde und Konsultativabstimmung geht es vielmehr darum, dass man am Schluss mehr Entscheidungsgrundlagen betreffend einer 2. Lesung gemäss Antrag 6.5 hat. Der Antrag der Grünen Fraktion ist nicht gestellt worden.

6.1 *BPK-Antrag 1* (gem. Seite 6 der Vorlage Nr. 2015/222a) gegen **Kompromissantrag Mittelfraktion/Stadtrat** (Das QP-Reglement wird in Kap. 8 Abs. 5 wie folgt formuliert: „Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden.“ Der zweite Satz wird gestrichen. Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag der BPK geändert werden.)

://: Dem Antrag der Mittelfraktion und des Stadtrates wird grossmehrheitlich bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

6.2 *BPK-Antrag 1 mit Änderung* gemäss vorgängiger Entscheidung (6.1) bzw. Antrag Mittelfraktion/Stadtrat gegen **Stadtratsantrag 1** gemäss Vorlage Nr. 2015/222.

://: Dem BPK-Antrag 1 mit Änderungen wird bei 1 Enthaltung grossmehrheitlich zugestimmt.

6.3 *BPK-Antrag 2* (gem. Seite 7 der Vorlage Nr. 2015/22a) gegen **Stadtratsantrag 1** gemäss Vorlage Nr. 2015/222 betreffend Zustimmung zu den übrigen Mutationen des QP Rebgarten

://: Dem BPK-Antrag 2 wird einstimmig der Vorzug gegeben.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass über die 3 Anträge 6.1 - 6.3 in der späteren 2. Lesung an der heutigen oder nächsten Sitzung verbindlich abgestimmt wird.

6.4 *BPK-Antrag 4* (gem. ER-Vorlage Nr. 2015/222a, Seite 7) für **Rückweisung von Antrag 2 des Stadtrates** (gem. ER-Vorlage Nr. 2015/222) betreffend Kredit von 1.275 Mio. für 60 öffentliche Parkplätze

://: Dem vierten BPK-Antrag wird einstimmig zugestimmt und der stadträtliche Antrag betreffend einem Kredit von 1.275 Mio. für 60 öffentliche Parkplätze zurückgewiesen.

6.5 BPK-Antrag 3 für 2. Lesung an der heutigen Sitzung gegen Antrag des Büros für eine 2. Lesung an der Ratssitzung vom 16. März 2016

://: Der Antrag der BPK wird mit 22 Ja-Stimmen und der Antrag des Büros mit 17 Stimmen unterstützt, weshalb die 2. Lesung nach der Pause der heutigen Sitzung durchgeführt wird.

[Unterbruch der Sitzung / Pause]

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach der Sitzungspause fest, dass das Eintreten unbestritten ist und somit das Geschäft gemäss vorgängig gefälltem Entscheid nun in einer 2. Lesung beraten und anschliessend beschlossen wird.

Sie macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 6 der Gemeindeordnung den Quartierplanvorschriften mit einer 4/5-Mehrheit zugestimmt werden muss, sonst muss über diese an einer Volksabstimmung abgestimmt werden.

Sie stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb nun über die Anträge betreffend den Quartierplanvorschriften abgestimmt werden kann. Der Kompromissantrag des Stadtrates und der Mittefraktion wird nochmals verlesen.

://: Dem Änderungsantrag des Stadtrates und der Mittefraktion wird einstimmig zugestimmt und Ziff. 8 Abs. 5 des 1. BPK-Antrages wie folgt neu formuliert: „Es sollen nach Möglichkeit öffentliche Parkplätze vorgesehen werden“. Der zweite Satz wird gestrichen. Im Übrigen soll das Reglement gemäss Antrag der BPK geändert werden.

Dem BPK-Antrag 1 mit Änderungen gemäss vorherigem Entscheid bzw. Änderungsantrag des Stadtrates sowie Mittefraktion wird einstimmig zugestimmt. Auf den ersten stadträtlichen Antrag entfallen keine Stimmen.

://: Einstimmig beschliesst der Rat im Übrigen die seitens des Stadtrates vorgeschlagene Mutation der Quartierplanung Rebgarten, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 18. November 2015 sowie Plan Nr. 1 betreffend Bebauung, Erschliessung und Freiräume vom 18. November 2015.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt den Ratsmitgliedern für die gute Diskussion und gefällten Entscheide, womit am Projekt nun doch weiter gearbeitet werden kann und dieses keine Verzögerungen erfährt.

338 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Strategiepapier Integration der Stadt Liestal (Nr. 2015/226)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) vor.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass der stadträtlichen Vorlage entnommen werden kann, dass es bereits viele integrative Massnahmen in Liestal gibt. Es macht Sinn, dass die vorberatende Kommission die Empfehlungen der Arbeitsgruppe analysiert. Die Mittefraktion wird der Überweisung der Vorlage an die SBK zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) bemerkt, auch die SP-Fraktion werde die Vorberatung der Vorlage durch die SBK unterstützen.

Vreni Baumgartner (GL) legt dar, dass auch die Grünen die Überweisung an die SBK unterstützen werden. Sie selbst freute sich schon jetzt auf eine detaillierte Prüfung der Vorlage.

Denise Meyer (SVP) meint, auch die SVP-Fraktion wird der Überweisung der Vorlage an die SBK zustimmen.

Daniela Reichenstein (FDP) hält fest, dass auch ihre Fraktion eine Vorberatung der Vorlage durch die SBK befürworte.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, sie freue sich auf die Diskussion in der SBK und verzichte heute darauf, inhaltlich auf die stadträtliche Vorlage einzugehen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2015/226 an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission zur Vorberatung überwiesen.

339 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Streusalz - Postulat „Reduktion Streusalz“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/214)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Einwohnerrat Liestal

Reduktion Streusalz

Seit langem ist bekannt, dass Streusalz sowohl Pflanzen und Tiere als auch Kunstbauten (Beton, Stahl) und Fahrzeuge angreift. So müssen z.B. die Kasino- und Weiermattbrücke zur Zeit u.a. wegen Korrosionsschäden für 1'160 resp. 1'140 TCHF erneuert werden. Über 70% der Korrosionsschäden an Strassenbauwerken gehen auf das Konto von Chlorid, schweizweit etwa 5-6 Milliarden Franken jährlich. In der aktuellen finanziellen Lage müssen wir Strategien finden, um solche Unterhaltsausgaben reduzieren und gleichzeitig die Umwelt schonen zu können.

Bei uns wird hauptsächlich Kochsalz (NaCl) aus den Rheinsalinen eingesetzt. Es gibt aber einige bekannte Alternativen dazu, die weniger schädlich für Infrastruktur und Umwelt sind. Beispiele sind:

- Splitt und Sand auf Gehwegen (Problem: Räumungskosten, Entsorgung als Sondermüll mit Schwermetall)
- Sprühsalz statt Streusalz
- alternative Schmelzmittel: Harnstoff, Ammoniumsulfat, Safecote, Kaliumchlorid, organisches Granulat

Zudem ist eine komplette Schwarzräumung nicht generell erforderlich; die Verkehrsteilnehmer sind auch selbst gefordert, sich den Verhältnissen anzupassen, allenfalls sind sie durch geeignete Massnahmen zu sensibilisieren. Wir bitten den Stadtrat, die Möglichkeiten von Alternativen zum Streusalz zu untersuchen und dem Einwohnerrat einen Bericht vorzulegen, der für verschiedene Szenarien

1. *die Kosten und Einsparungen seitens der Stadt (inkl. Unterhaltskosten Infrastruktur und Stadtbäume) abschätzt,*
2. *einen Blick auf die Belastungen seitens der Bevölkerung wirft (grobe Abschätzung der Auto- und Fahrradunterhaltskosten), und*
3. *die Belastung der Umwelt (Pflanzen und Tiere) untersucht.*

Wir bitten den Stadtrat zudem, vorzuschlagen, wie die Verwendung von Streusalz in Zukunft reduziert werden kann.

Liestal, den 17. November 2015

*Roman Schmied
Grüne*

*Rolf Gutzwiller
CVP/EVP/GLP*

Stadträtin Regula Nebiker sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen, obwohl es sich beim Vorstoss ja eher um eine Interpellation als um ein Postulat handelt. Die Fragen der Postulanten könne sie eigentlich schon heute beantworten, womit dann der Vorstoss auch gleich wieder abgeschrieben werden können. Sollte der Vorstoss aber doch noch schriftlich beantwortet werden müssen, so müsste der Rat halt auf diesen Bericht etwas länger warten.

Roman Schmied (GL) hält als Postulant fest, dass er sich als Verfasser bereits an der Sitzung vom 18. November 2015 zum neuen Vorstossen geäussert hatte. Er erwarte nicht, dass vom Stadtrat eine Doktorarbeit zu diesem Thema geschrieben wird. In nützlicher Frist sollte es aber doch möglich sein, dass man in einem kleinen Bericht die Auswirkungen von Streusalz sowie Abschätzungen kurz aufzeigt.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant ergänzend fest, dass es wohl nicht nur die Postulanten interessieren dürfte, wie sich die Verbrauchsmengen an Streusalz in den letzten Jahren entwickelt hatte.

Als Fraktionssprecher führt er aus, dass die Mittefraktion der Postulatsüberweisung an den Stadtrat zustimmen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) begrüsst es, dass das Thema Streusalz wieder einmal hier im Rat thematisiert wird, hingegen ist der Vorstoss nicht postulatswürdig, sondern sollte als Interpellation behandelt werden. Aus diesem Grund wird seine Fraktion einer Überweisung des Postulates an den Stadtrat ablehnen. Festhalten möchte er bereits heute, dass man in der vergangenen Zeit wieder übertrieben Streusalz verwendet hatte. So ist kürzlich an einem Samstag mit 3 cm Schnee und einer Temperatur um die 4 Grad bereits Streusalz in einem Grosseinsatz der Winterfahrzeuge eingesetzt worden. Zwei Tage später waren die Strassen trocken und wegen den Salzurückständen weiss. Vielleicht könnte der Stadtrat im Amtsbericht auch jährlich darüber berichten, was er bezüglich der Minimierung von Streusalz unternommen hatte und somit könnte auch auf Postulatsantworten verzichtet werden. Seine Fraktion lehnt die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat ab.

Werner Fischer (FDP) meint, seine Fraktion möchte den Vorstoss an den Stadtrat überweisen und in dessen Bericht dann von konstruktiven Verbesserungsvorschlägen zur Reduktion von Streusalz lesen.

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, weshalb sie den Vorstoss nicht übernehmen möchte: Die Zielsetzungen zur Salzreduktion sind formuliert, Abklärungen betreffend der Verwendung von tragbaren Flüssigsalzgeräten wie in Basel wurden bereits getroffen, die Überprüfung des Winterdienstkonzeptes wird im Sommer vorgenommen. Auch war sie betreffend dem erwähnten samstäglichem Winterdienst-Einsatz vorstellig geworden. Man vermutet, dass die Winterdienstfahrzeuge des Kantons die von der Stadt bereits bewirtschafteten Strassen teilweise nochmals mit Streusalz befahren hatten. Diesbezüglich werden noch weitere Abklärungen getroffen. Gemäss den Postulanten soll der Stadtrat einen Bericht vorzulegen, in welchem beispielsweise die Kosten und Einsparungen abgeschätzt werden sollen. Die Angestellten der Betriebe sind nicht ein Forschungs-, sondern ein Einsatzteam. Die Ziele des Postulates sind erkannt und weitere kommunale Forschungen sind nicht nötig, da man ja auch bestehendes Zahlenmaterial anderer Gemeinden gebrauchen kann. Sie möchte nicht einen Bericht schreiben, sondern das Ziel erreichen, indem man im kommenden Sommer den Winterdienst von Liestal grundsätzlich überprüft. So konnten ja mit der Anschaffung eines Salzsilos die Kosten bereits massiv gesenkt werden. Das zweite Ziel betreffend einer Salzmengen-Reduktion muss noch genauer definiert werden und so interessiert beispielsweise auch der Einsatz von Flüssigsalz wie in Basel besonders. Problematisch ist aber dieser Einsatz in Gebieten wie in Liestal, wo man zahlreiche Strassen in Hanglagen unterhalten muss. Sie möchte dem Rat beliebt machen, dass Postulat nicht zu überweisen, ist aber dennoch offen für weitere konkrete Vorschläge zur Streusalz-Reduktion, welche noch geprüft werden könnten.

Roman Schmied (GL) findet, dass sich der Stadtrat durchaus auch darüber Gedanken machen sollte, welche Schäden bei der Streusalz-Verwendung angerichtet werden.

Stadträtin Regula Nebiker sagt, sie sei nun doch etwas ratlos betreffend der Methodik und erwähnten Schadenmessung. Die gewünschte Erhebung kann sie nicht in Eigenleistung machen, da sie dafür gar nicht die Leute hat. Ein solcher Auftrag an Dritte würde aber schlussendlich nicht viel bringen, da ja solche Erhebungen und Zahlen anderer Gemeinden und Städte auch für Liestal verwendet werden könnten. Und sollten wirklich solche detaillierten Abklärungen für Liestal getroffen werden, so würde sich der Stadtrat nun doch gegen die Übernahme des Vorstosses in Postulatsform aussprechen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält als Mitunterzeichner des Vorstosses fest, dass die Postulanten nun wirklich keine Doktorarbeiten wollen, sondern mit groben Abschätzungen durchaus zufrieden wären. Detailabklärungen mit Kostenfolgen sind nicht im Sinne der Postulanten.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) macht einen Vorschlag zur Güte und empfiehlt, dass das Postulat überwiesen und dann gleich wieder abgeschrieben würde. Es macht wohl keinen Sinn, die Verwaltung oder gar Dritte mit fundierten Abklärungen zu beauftragen.

Stadträtin Regula Nebiker wollte den Vorgehensvorschlag gemäss Vorredner auch unterbreiten, hatte dann aber doch darauf verzichtet.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass eine Abschreibung des Vorstosses anhand den gemachten Erklärungen und der teilweisen Fragenbeantwortung durch den Stadtrat an der heutigen Sitzung doch etwas verfrüht wäre. Ein Postulat soll nach einer Berichterstattung und Diskussion abgeschrieben werden und nicht im Voraus.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) entgegnet, dass vom Stadtrat aufgezeigt und erwähnt wurde, was man betreffend dem Winterdienst und Streusalzverwendung noch abzuklären gedenkt. Somit wurden im Prinzip auch die Forderungen der Postulanten erfüllt, weshalb man das Postulat auch abschreiben kann. Ein schriftlicher Bericht ist somit nicht mehr nötig.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft beziehungsweise zur Überweisung des Vorstosses keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr wird das Postulat Nr. 2015/214 an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidenten Meret Franke (GL) fragt an, ob der Stadtrat nun die Fragen der Postulanten beantworten möchte.

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, sie könne die Fragen hier und heute so nicht beantworten. Hingegen möchte sie beliebt machen und den Antrag stellen, dass der Einwohnerrat anhand den von ihr gemachten Aussagen das Postulat heute abschreibt.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) spricht sich als Postulant dagegen aus, dass der Vorstoss basierend auf einigen mündlichen Antworten gleich wieder abgeschrieben wird. Erst nach Vorliegen eines stadträtlichen Berichtes ist auch eine inhaltliche Diskussion möglich.

Marianne Quensel (SP) spricht sich für die Abschreibung des Postulates aus, zumal ihr die Information des Stadtrates genügen, um den Vorstoss als erfüllt abschreiben zu können. Es sollte doch auch im Sinne des Einwohnerrates sein, dass unnötige Papiertiger vermieden werden sollen, wenn dies möglich ist.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Abschreibung des Postulates keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 25 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2015/214 als erfüllt abgeschrieben.

340 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Jugendzentrum - Interpellation zum Jugendzentrum „Joy“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2015/215)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Fabian Eisenring SP Fraktion*

Liestal, 13. November 2015

Interpellation zum Jugendzentrum „Joy“

Das Jugendzentrum „Joy“ in der Allee ist seit Jahren ein beliebter Aufenthaltsort für Jugendliche. Die zentrale Lage und momentane Nähe zum Bahnhof und zum Stedtli ist für Besucherinnen und Besucher ideal, so dass sich während der Öffnungszeiten zwischen 25 und 60 Jugendliche im „Haus zur Allee“ aufhalten.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- *Was passiert mit dem Jugendzentrum bei der Neugestaltung des Bahnhof/Postareals?*
- *Wird ein Jugendzentrum in Liestal weiter bestehen bleiben?*
- *Möchte der Stadtrat das Jugendhaus in Zentrumsnähe behalten?*
- *Gibt es bei einem Umzug des Jugendzentrums Alternativstandorte? Wenn ja welche?*

*Fabian Eisenring
SP-Fraktion*

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Zur Frage 1: Nach heutigem Wissensstand wird das Gebäude und somit auch das Jugendzentrum wohl weichen müssen. Dies wissen auch die Verantwortlichen des Jugendzentrums.
Zur Frage 2: Gemäss neuem Jugendleitbild ist der Stadtrat der Meinung, dass ein Jugendzentrum ein wesentlicher Pfeiler der Jugendarbeit ist und deshalb wird man sich auf jeden Fall um einen Ersatz bemühen.

Zur Frage 3: Ja, es wäre absolut wünschbar, wenn auch das neue Jugendzentrum im Zentrum realisiert werden könnte. Ob der Wunsch schlussendlich aber auch machbar sein wird, wird sich dann noch zur gegebenen Zeit noch zeigen.

Zur Frage 4: Nein, sie kann im Moment noch keine konkreten neuen Standorte nennen. Vielleicht ist aber eine Zwischennutzung im Ziegelhof-Areal möglich, was vom Stadtrat bereits eingespiesen wurde.

Fabian Eisenring (SP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Fabian Eisenring (GL) meint als Interpellant, das Ziegelhof-Areal sei durchaus eine ebenbürtige Alternative zum heutigen Standort im Zentrum. Wichtig ist ihm, dass es in Liestal weiterhin ein Jugendzentrum geben wird.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) äussert, dass er sich nicht bewusst war, dass der Neugestaltung des Bahnhof- und Postareals auch das ehemalige Feuerwehrmagazin bzw. das heutige Jugendzentrum in der Allee zum Opfer fallen werden. Die Mittefraktion nimmt die Antworten des Stadtrates mit Befriedigung zur Kenntnis. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass das Jugendzentrum nicht in Frage gestellt wird und somit sind die stadträtlichen Antworten auch im Sinn seiner Fraktion.

Michael Durrer (GL) unterstützt die Voten seiner Vorredner und findet es gut, dass man die Diskussion betreffend der Zukunft des Jugendzentrums früh genug führt. Es ist doch recht schwierig, geeignete Räume für Jugendzentren, Musikbands, Vereine usw. zu finden und so macht es vermutlich Sinn, wenn man diesbezüglich bei den Eigentümern des Ziegelhofareals vorstellig werden würde.

Karin Jeitziner (FDP) weiss von ihren Söhnen, dass beispielsweise auch die Pfadi immer wieder nach freien Lokalitäten im Zentrum sucht. Solche Räume könnten vielleicht auch im Ziegelhofareal angeboten werden.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass die Begehrlichkeiten an Räumlichkeiten recht gross und vielfältig sind. Die diesbezüglichen Wünsche wurden im Zusammenhang mit dem Ziegelhofareal bereits eingebracht.

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf das Votum von Ratsmitglied Claudio Wyss und stellt fest, dass der Rat im Juni letzten Jahres einen Kredit bewilligt hatte. Dem Situationsplan der betreffenden Vorlage konnte entnommen werden, dass gemäss definiertem Perimeter das Jugendzentrum Joy wegfallen wird.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/215.

341 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Werkhof - Postulat „Werkhof - Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/216)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Patrick Mägli, SP-Fraktion*

Postulat

Werkhof – Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde?

Nach einigen positiven Rechnungsabschlüssen in den vergangenen Jahren sieht das Budget 2016 einen Aufwandüberschuss von rund 2 Mio. CHF vor. Damit die Stadt auch in Zukunft über den nötigen Handlungsspielraum verfügen kann, ist zu prüfen, wo allenfalls in der Verwaltung durch Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden sowie der Bürgergemeinde Synergien genutzt werden können.

In Liestal gibt es zwei Werkhöfe: einen Werkhof der Stadtverwaltung und einen Werkhof der Bürgergemeinde. Auch die umliegenden Gemeinden verfügen je über einen Werkhof. Hier besteht möglicherweise durch verstärkte Zusammenarbeit und Zusammenlegungen ein Potential für Einsparungen, das gerade im Zusammenhang mit dem Projekt der beiden Frenkentäler vertieft abzuklären ist.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit bei den Werkhöfen und/oder auf eine Zusammenlegung von Werkhöfen folgende Punkte zu prüfen und darüber zu berichten:

- *Einsparungspotential und weitere Folgen einer verstärkten Zusammenarbeit / Zusammenlegung für die Stadt Liestal;*
- *Bereitschaft der umliegenden Gemeinden sowie der Bürgergemeinde zur verstärkten Zusammenarbeit / Zusammenlegung.*

Liestal, 17. November 2015

Patrick Mägli

Stadträtin Regula Nebiker sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen.

Patrick Mägli (SP) hält als Postulant fest, dass im Zusammenhang mit dem Budget 2016 verschiedentlich auf die düsteren Prognosen am Finanzhimmel hingewiesen wurde. Diverse grössere Investitionen und Bauvorhaben stehen an, was alles Geld kosten wird. Ein finanzieller Spielraum könnte geschaffen werden, indem man die verschiedenen Werkhöfe von Liestal und Nachbargemeinden zusammenlegen würde. Mit seinem Vorstoss möchte er eine vermehrte Zusammenarbeit mit möglichem Einsparungspotential thematisieren.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) findet, dass es sich beim vorliegenden Postulat um einen wertvollen Vorschlag handelt, welcher von der Mittefraktion unterstützt wird.

Karin Jeitziner (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen. Die Bürgergemeinde und die Stadt arbeiten bereits zusammen. Nach der Einreichung des Postulates Nr. 2015/216 ist vom Bürgerrat ein Positionspapier erarbeitet worden, welches vom Stadtrat auch einverlangt werden könnte.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) fügt hinzu, dass man in Liestal in der komfortablen Situation ist, dass man über zwei gut funktionierende Gemeinwesen verfügt. Die Zusammenarbeit zwischen der Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde funktioniert bereits heute schon recht gut und ein weiteres Zusammengehen mit anderen Gemeinden ist durchaus denkbar. In einem letzten „Liestal aktuell“ hatte die Bürgergemeinde bereits darüber informiert, dass Liestal bereits heute in der Forstwirtschaft mit dem Revier der Gemeinden Bennwil usw. zusammen arbeitet. Mit der vermehrten Nutzung von Synergien konnten auch die Kosten für alle Beteiligten gesenkt werden.

Lisette Kaufmann (GL) berichtet, auch ihre Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, sie habe erfreut vom Positionspapier und dem Interesse der Bürgergemeinde an einer vermehrten Zusammenarbeit Kenntnis genommen. Sie möchte bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Rat nicht die schriftliche Postulatsbeantwortung in wenigen Monaten erwarten darf.

Hanspeyer Meyer (SVP) merkt an, dass er den Vorstoss sehr begrüsse, doch sollte sich eine vermehrte Zusammenarbeit nicht nur auf die Werkhöfe beschränken, sondern bei der diesbezüglichen Stossrichtung auch die Feuerwehren usw. thematisiert werden.

Stadträtin Marion Schafroth berichtet, dass diese Woche eine Sitzung mit 12 Gemeinden des mittleren Baselbiets, 3 Feuerwehrverbänden und 2 Gemeinden aus dem benachbarten Kanton Solothurn stattgefunden hatte. Bei diesem Treffen wurde ein Projekt gestartet, bei welchem die Zusammenlegung mehrerer Feuerwehren geprüft werden soll.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2015/216 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

342 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Sozialhilfekosten - Interpellation zu den Sozialhilfekosten von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2015/217)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Dominique Meschberger
Marianne Quensel
SP-Fraktion*

Interpellation zu den Sozialhilfekosten

Die Sozialhilfekosten steigen in unserer Gemeinde von Jahr zu Jahr. Inzwischen ist der Stadtrat bemüht zusammen mit andern stark betroffenen Gemeinden im Kanton zu einer besseren Kostenverteilung zu kommen. Es wurde und wird viel unternommen, damit die Sozialhilfeempfangenden nach der Aufnahme in die Sozialhilfe möglichst rasch im Alltag und in der Arbeitswelt wieder Fuss fassen können. Auch die rechtzeitige Einforderung jeweiliger Kantonsbeiträge an einzelne Programme, beim KSA, entlastet die Sozialhilferechnung. Was offensichtlich zurzeit weniger möglich scheint, ist die Zuweisung aller Sozialhilfeempfangenden in Programme, welche im Minimum eine regelmässige Tagesstruktur garantieren. Das ist auch eine gesetzliche Forderung. Eine sinnvolle Beschäftigung erleichtert den Zugang in die erste Arbeitswelt genauso, wie sie längerfristige Folgekosten unter anderem im Gesundheitswesen verringert.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie hoch ist der Anteil der Sozialhilfeempfangenden, welche keiner Beschäftigung nachgehen?*
- 2. Entsprechen die momentan zur Verfügung stehenden Angebote noch den Anforderungen oder gibt es Lücken?*
- 3. Wie könnten allfällige Lücken im Angebot gedeckt werden?*
- 4. Könnte die Gemeinde ein Anreizsystem für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen in Liestal schaffen, damit vermehrt Plätze für Sozialhilfeempfänger angeboten werden?*

Liestal, 17.11.2015

** * * * **

Stadträtin Marion Schafroth hält einleitend fest, dass bei der letzten Sozialhilfegesetz-Revision unter anderem auch Bestimmungen betreffend Eingliederungsmassnahmen berücksichtigt wurden. Als Instrumente werden Förderungsprogramme, Beschäftigungsprogramme sowie Anreizbeiträge für Arbeitgeber thematisiert. Die Gemeinden sind gehalten und verpflichtet, solche Angebote zu unterbreiten. Die Sozialhilfebezüger können ebenfalls zur Teilnahme an solchen Programmen verpflichtet werden. Die Rückforderung von Kantonsbeiträgen entlastet die Gemeinderechnung selbstverständlich, doch verbleiben immer noch Restkosten, die von den Gemeinden finanziert werden müssen. So liegen die Richtwertvorgaben des Kantons bei Förderprogrammen bei CHF 1'800.-- pro Monat, welche von den Gemeinden und dem Kanton je zur Hälfte getragen werden. Bei einem Beschäftigungsprogramm haben Kanton und Gemeinde je CHF 300.-- zu bezahlen. Die Fragen der Interpellantinnen kann sie wie folgt beantworten:

Zur Frage 1: Rund 58 % der Sozialhilfeempfänger sind nicht erwerbstätig. Von diesen kommen rund 65 % aus gesundheitlichen Gründen, wegen Drogensucht, schwerer Krankheit usw. nicht in Frage für Förderungs- und/oder Beschäftigungsprogramme.

Zur Frage 2: Es gibt ihres Erachtens nach keine Lücken. Nach Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung ist ein Anbietermarkt entstanden, welche genügend Förderungs- und Beschäftigungsprogramme anbieten.

Zur Frage 3: Da es keine Lücken gibt, müssen diese auch nicht abgedeckt werden.

Zur Frage 4: Anreizbeiträge für Arbeitgeber sind gesetzlich verankert und müssen nicht neu erfunden werden. Da aber genügend Angebote für Förderungs- und Beschäftigungsprogramme vorhanden sind, komme eine Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern in der Privatwirtschaft mit Anreizbeiträgen selten vor. Da eine qualifizierte Betreuung nötig ist, sind solche Arbeitgeber auch nicht scharenweise vorhanden, selbst wenn diese finanzielle Beiträge in Aussicht gestellt bekommen.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Interpellantin für die Beantwortung ihrer Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Dominique Meschberger (SP) hält als Interpellantin fest, dass man immer wieder von den steigenden Sozialhilfekosten hört und liest, doch weiss man wenig von den direktbetroffenen Menschen und deren Situation. Als Sozialdemokratin möchte sie darauf aufmerksam machen, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft einen Platz haben sollen, unabhängig davon, ob sie fähig oder eben unfähig sind. Von der Verwaltung hat sie vernommen, dass man in Liestal nicht daran interessiert ist, dass Klienten der Sozialen Dienste verscheucht und abgeschoben werden. Beschäftigungs- und Eingliederungsmassnahmen sind sicher erfolgsversprechend und machen Sinn, weshalb man erfinderisch und phantasievoll beispielsweise auch Geschäfte und Betriebe mit ins Boot holen sollte, die Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfänger anbieten würden.

Marianne Quensel (SP) unterstreicht als Mitunterzeichnerin der Interpellation die Aussage ihrer Vorrednerin, dass die Situation der Sozialhilfeempfänger meist nicht einfach ist. Und je schwieriger die Situation für diese wird, desto grösser werden die anfallenden Sozialhilfekosten. Man sollte deshalb alles daran setzen, dass beim örtlichen Gewerbe vermehrt für das Anreizsystem geworben wird, damit die Sozialhilfeempfänger bestmöglichst in den eigenen Reihen integriert werden können und keine künstlichen Beschäftigungsprogramme gesucht werden müssen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass verschiedene Aussagen ja schön und gut tönen, doch ist es halt in der Praxis schon so, dass viele Sozialhilfeempfänger ganz einfach gar nicht arbeiten wollen. Und daran ändert sich oftmals auch nichts, selbst wenn man ihnen bei einer Arbeitsverweigerung beispielsweise die finanziellen Mittel des Grundbedarfs kürzt.

Anna Ott (GL) findet es wichtig, dass auch Sozialhilfeempfänger einer Beschäftigung nachgehen können. Die Integration im Arbeitsmarkt macht nicht nur Sinn, weil damit der Staat Kosten einsparen kann. Wichtig ist nämlich auch, dass das Selbstwertgefühl von Beschäftigten gestärkt wird und eine soziale Verkümmerng vermieden werden kann.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass willige Sozialhilfeempfänger überhaupt keine Probleme haben, einer Beschäftigung nachgehen zu können. Diejenigen, die keiner Arbeit nachgehen wollen, werden bearbeitet oder gar zu Arbeitsleistungen gezwungen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/217.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann sie feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann